

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Mindestentgelt nach Vergabegesetz anheben**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das Mindestentgelt nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) durch Rechtsverordnung auf neun Euro anzuheben.

Die Höhe des Mindestentgeltes nach BerlAVG ist jährlich zu überprüfen und eine Anpassung in der Regel jährlich, mindestens jedoch alle zwei Jahre, vorzunehmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30.09.2017 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Nach § 2 des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) kann der Senat eine Anpassung des in § 1 Absatz 4 BerlAVG geregelten Mindestentgeltes per Rechtsverordnung vornehmen.

Das aktuell geltende Mindestentgelt in Höhe von 8,50 Euro wurde 2012 festgelegt. Auch angesichts der Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie der Preissteigerungen seit 2012 sowie in Anbetracht dessen, dass auf Bundesebene der gesetzliche Mindestlohn inzwischen über dem Mindestentgelt nach BerlAVG liegt, ist eine Erhöhung notwendig.

Durch die Anhebung des Mindestentgeltes nach BerlAVG wird gemäß den Kriterien für die Förderung von Investitionszuschüssen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auch die auf das Vergabegesetz verweisende Mindestentlohnung als Bedingung der Förderfähigkeit angepasst.

Künftig soll das Mindestentgelt regelmäßig der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie der Lohnentwicklung folgen. Im Rahmen einer umfassenderen Reform des Vergabegesetzes sollte darüber hinaus untersucht werden, inwieweit das Mindestentgelt nach BerlAVG entlang objektiver Kriterien dynamisiert werden kann.

Berlin, den 09.05.2017

Saleh Jahnke Stroedter  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion der SPD

Bluhm U. Wolf Gindra Schubert H. Wolf  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Die Linke

Kapek Gebel Urbatsch  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen